

Bankenbrief - Ausgabe 2021-171

Das Thema

Aufträge auf Rekordniveau, aber Lieferengpässe bereiten Sorgen

Die deutsche Industrie hat im Juli dank großer Bestellungen aus dem Ausland neue Aufträge auf Rekordniveau erhalten. Gegenüber Juni erhöhten sich die Bestellungen um 3,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt heute in Wiesbaden mitteilte. Damit stieg der Auftragseingang auf den höchsten Stand seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1991. Der deutliche Orderzuwachs im Juli kam vor allem durch Großaufträge zustande. Ohne diese Komponente gingen die Bestellungen im Monatsvergleich um 0,2 Prozent zurück. Ökonomen verwiesen allerdings darauf, dass es schwierig werden könnte, angesichts der Lieferengpässe den Auftrags Schub auch fristgerecht abzarbeiten und letztlich in höhere Produktionszahlen umzusetzen. "Man könnte sagen: Alle Welt braucht deutsche Waren, aber Deutschland kann nicht liefern", erklärte Ökonom Jens-Oliver Niklasch von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Volkswirt Bastian Hepperle vom Bankhaus Lampe rechnet aufgrund fehlender Materialien und Vorprodukte ebenfalls mit erheblichen Schwierigkeiten für die Unternehmen, die Aufträge abzarbeiten. Eine rasche Lösung zeichne sich nicht ab, fügte Hepperle hinzu. Dadurch dürften die Produktion und die Konjunkturerholung auch in den kommenden Monaten gebremst werden.

[tagesschau.de]

[boersen-zeitung.de]

[faz.net]

[spiegel.de]

[zdf.de]

Meldungen

Umfrage bestätigt Trend zu mehr Wertpapiersparen

Immer mehr Menschen in Deutschland sorgen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld mit Hilfe von Wertpapieren für den Ruhestand vor. Inzwischen legt jeder Vierte (25 Prozent) Geld auch in Aktien, Fonds, Anleihen und/oder Zertifikaten an, wie Medien heute unter Berufung auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov berichteten. Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 21 Prozent, 2019 waren es 17 Prozent. Rund 40 Prozent der Befragten erwarten zudem ein sinkendes Niveau der gesetzlichen Rente. 41 Prozent gehen mittlerweile davon aus, dass das Eintrittsalter für die Rente noch weiter erhöht wird, 2020 taten dies noch 28 Prozent.

[faz.net]

Goldman bringt Petershill an Londoner Börse

Die US-Investmentbank Goldman Sachs plant einen Börsengang für ihre Fondstochter Petershill Partners in London. Wie Goldman heute mitteilte, soll Petershill eine eigenständige Fondsgesellschaft mit einem Streubesitz von mindestens 25 Prozent werden. Dafür bringe die Investmentbank neue Aktien im Wert von 750 Millionen US-Dollar (631 Millionen Euro) sowie bestehende Aktien an den Markt. Zum Börsenwert der Fondstochter äußerte sich die Bank bislang nicht. Medienberichten zufolge wird die auf Investments bei alternativen Vermögensverwaltern spezialisierte Gesellschaft mit gut 5 Milliarden US-Dollar (4,2 Milliarden Euro) bewertet.

[bloomberg.com]

Bitcoin wird gesetzliches Zahlungsmittel in El Salvador

In El Salvador ist die Cyber-Devise Bitcoin ab morgen ein gesetzliches Zahlungsmittel. Der zentralamerikanische Staat ist das erste Land der Welt, das diesen Schritt geht. Ein entsprechendes Gesetz war vor drei Monaten verabschiedet worden. Es sieht vor, dass jeder Händler Bitcoin als Zahlungsmittel annehmen muss, der technisch dazu in der Lage ist. Auch Steuern können in der Krypto-Währung bezahlt werden. Auf den Tausch von Bitcoin soll keine Kapitalertragsteuer erhoben werden. Über den Wechselkurs zum US-Dollar, der in El Salvador anstelle einer einheimischen Währung als offizielles Zahlungsmittel genutzt wird, entscheidet der Markt.

[zeit.de]

Wirtschaftsstimmung im Euroraum sinkt

Die Konjunkturstimmung in der Eurozone hat sich im September zum zweiten Mal in Folge eingetrübt. Gegenüber dem Vormonat fiel der Sentix-Konjunkturindikator um 2,6 Punkte auf 19,6 Zähler, wie das Beratungsunternehmen Sentix heute in Frankfurt mitteilte. Es ist der tiefste Stand seit April. Sentix befragt monatlich etwas mehr als 1.000 Anleger zu ihrer Einschätzung der konjunkturellen Lage und ihren Erwartungen.

[fuw.ch]

Niedersachsen startet Ideenwettbewerb zur Blockchain

Das niedersächsische Digitalisierungsministerium sucht nach Ideen zur Blockchain-Technologie. Beteiligten können sich Unternehmen, Institutionen, Studierende oder Privatpersonen aus dem Bundesland, wie das Ministerium heute in Hannover mitteilte. "Die Blockchain-Technologie kommt erst langsam in der freien Wirtschaft an, weil in vielen Unternehmen das notwendige Know-how fehlt und die Potenziale der Technologie noch nicht hinreichend bekannt sind", erklärte Digitalisierungsminister Bernd Althusmann. Die Gewinner erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 18.000 Euro. Beiträge können bis Ende Oktober eingereicht werden.

[welt.de]

Die Köpfe

Bericht: Jéhan wird Vorstand bei der Targobank

Die Targobank erweitert ihren Vorstand. Wie heute berichtet wurde, zieht Christophe Jéhan als Privatkundenvorstand und Vize-CEO neu in das Gremium ein. Nach Angaben der Bank ist Jéhan verantwortlich für das Thema Transformation. Zuletzt war Jéhan seit April 2020 in der Muttergesellschaft der Targobank, der Crédit Mutuel Alliance Fédérale, als strategischer Berater für die Geschäftsleitung tätig. Vor seinem Wechsel zur Crédit Mutuel Alliance Fédérale arbeitete er in verschiedenen Funktionen für die BNP Paribas Gruppe, unter anderem als CEO der Express Bank Nordics, einer Privatkundenbank und Tochtergesellschaft der BNP Paribas in Skandinavien.

[finanz-szene.de]

Italiens Finanzminister sieht gute Aussichten auf Aufschwung

Italiens Wirtschaft steuert nach Einschätzung des italienischen Finanzministers Daniele Franco auf ein deutliches Wachstum zu. Franco sagte gestern in Cernobbio, der erwartete Aufschwung dürfte kräftig ausfallen. Es sei nicht auszuschließen, dass der vom Parlamentarischen Amt für Haushaltsangelegenheiten (UPB) geschätzte Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 5,8 Prozent im laufenden Jahr übertroffen werde.

[iltempo.it]

Xi Jinping plant neue Börse in Peking

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat den Aufbau einer dritten chinesischen Börse in Peking angekündigt. Diese solle die Mittelbeschaffung sowie Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, sagte der Präsident bei einer Messe in Peking. Einzelheiten nannte er nicht. Die chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde CSRC begrüßte die Pläne. Medienberichten zufolge soll der neue Aktienmarkt auf einem bestehenden außerbörslichen Handelssystem zur Finanzierung kleiner und mittelgroßer Unternehmen aufsetzen.

[finews.asia]

Am Freitag meistgeklickt

Umfrage: Ökonomen erwarten EZB-Debatte um Pandemie-Notprogramm

Bei der Zinssitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) kommenden Donnerstag wird es einer Umfrage unter Volkswirten zufolge um das Tempo der Krisen-Anleihekäufe gehen. Rund 60 Prozent der von Reuters befragten 42 Volkswirte rechnen damit, dass die Notenbank die Kaufgeschwindigkeit ab dem Schlussquartal verringern wird, wie die Nachrichtenagentur heute berichtete. 17 Experten gingen indes davon aus, dass die EZB ihr hohes

Bankenbrief

Tempo der Käufe beibehält. Keiner rechne mit einer nochmaligen Erhöhung. Die Notfallkäufe im Rahmen des PEPP-Programms sind eines der Hauptinstrumente der EZB, mit dem sie die wirtschaftlichen Folgen der Viruskrise bekämpft. Zuletzt erwarben die Währungshüter Papiere im Umfang von monatlich etwa 80 Milliarden Euro. Bisherigen Planungen zufolge sollen die Käufe bis mindestens Ende März 2022 fortgesetzt werden.

[finanzbusiness.de]

[faz.net]

Was morgen wichtig wird

In Mannheim veröffentlicht das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung die Konjunkturerwartungen für Deutschland für September. – In Luxemburg legt Eurostat Kennzahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum für das zweite Quartal 2021 vor. – In Peking gibt die chinesische Zollbehörde Daten zur Entwicklung des Außenhandels im August bekannt.

Der Nachschlag

Umfrage: Deutlich weniger Geschäftsreisen nach Corona

Auch für die Zeit nach der Pandemie erwarten Unternehmen und Verwaltungen in Deutschland deutlich weniger Geschäftsreisen. Laut einer heute in Frankfurt veröffentlichten Studie des Verbandes Deutsches Reisemanagement (VDR) planen 80 Prozent der befragten größeren Unternehmen und 72 Prozent der kleineren Firmen eine dauerhafte Reduktion. Im öffentlichen Sektor wollen sogar 81 Prozent der befragten Budgetverantwortlichen künftig weniger Geld für persönliche Kontaktmöglichkeiten ausgeben. Gut 73 Prozent der befragten Unternehmen sind für innerdeutsche Geschäftsreisen bereits vom Flugzeug auf die Schiene umgestiegen. Weitere 13 Prozent planen dies für die Zukunft. Video- und Webkonferenzen gehören in nahezu allen

Bankenbrief

befragten Unternehmen mittlerweile zum Alltag. Weitere Ergebnisse der Umfrage lesen Sie hier:

[stern.de]